

# Vorwort Social Watch Deutschland Report 2009

## „Radikale Umkehr ist nötig“

**Als im Spätjahr 2008 die Auseinandersetzung mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Schlagzeilen der Medien beherrschte, bestand die Gefahr, dass die anderen Krisen in den Hintergrund gedrängt würden. Doch die gegenwärtige globale Krisensituation zeichnet sich nicht nur durch die Gleichzeitigkeit der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Klimakrise, der Ernährungs- und Wasserkrise, der Energiekrise im Süden und der Biodiversitätskrise aus, sondern auch dadurch, dass diese Krisen in einem systemischen Zusammenhang stehen. Offensichtlich erleben wir einen umfassenden Transformationsprozess unserer gesamten Produktions- und Konsumtionsweise, von dem niemand weiß, wie lange er dauern und wohin er führen wird.**

---

### Klaus Heidel

---

Angesichts solcher Unsicherheiten ist es erforderlich, zunächst einmal und wenigstens die Dimensionen der globalen Krisen und ihre sozialen Folgen zu beleuchten. Hierzu möchte der Social Watch Deutschland Report 2009 beitragen, der wieder – wie schon in den Vorjahren – einige Artikel aus dem internationalen Bericht bietet und Aufsätze deutscher Autorinnen und Autoren versammelt.

Hierbei zeigt die Zusammenfassung der über 60 Länderberichte des Internationalen Social Watch Report durch *Roberto Bissio*, auf welche Weise sich die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Alltag der Menschen ausgewirkt hat. Fast in allen Ländern, aus denen Berichte vorliegen, stieg die Arbeitslosigkeit. Armut nahm überall zu. Hierbei hätten die „Entwicklungs- und Schwellenländer die Krise umso heftiger und schneller zu spüren bekommen, je stärker sie mit der globalisierten Wirtschaft verflochten“ seien, so Bissio.

Dass und wie auch wirtschaftlich starke Schwellenländer durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurden, zeigen *Sofia Svarfar* und *Sandisiwe Ncube* am Beispiel Südafrikas und *Staphany Wong* und *Klaus Heidel* für China. In beiden Ländern stieg die Arbeitslosigkeit, und in beiden Ländern kam es zu einer Verschärfung der sozialen Polarisierung. Nicht zuletzt verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen für einen großen Teil der Bevölkerung.

Betroffen von den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind vor allem Kinder und Frauen. *Frank Garbers* und *Peter Strack* skizzieren ein erschreckendes Bild von der Verschlechterung der Situation von Kindern. In den Ländern des Südens nimmt die Unterernährung von Kindern zu, ein Anstieg der Säuglingssterblichkeit ist wahrscheinlich. Formen von Kinderarbeit verschärfen sich. Und Kinder leiden, wenn Familieneinkommen ins

Bodenlose stürzen. *Garbers* und *Strack* zeigen aber auch, dass Alternativen möglich sind. Eine davon leben Bauernfamilien in einer Andenregion vor – relativ weit entfernt vom krisengeschüttelten Weltmarkt setzen sie auf Strategien der Selbstversorgung. Selbst in den reichen Industrieländern hat sich die Situation von Kindern verschlechtert, wie *Verena Liessem* am Beispiel Deutschlands belegt. Sie stellt fest, dass zwar eine „ausreichende materielle Grundlage nicht alleine angemessene Rahmenbedingungen für das Heranwachsen von Kindern garantieren“ könne. Dennoch aber gelte, dass eine solche materielle Grundlage „eine entscheidende Bedingung für Entwicklungschancen von Kindern“. Ausgehend von dieser Feststellung benennt *Liessem* zentrale Maßnahmen, die erforderlich seien, um dem Anstieg von Kinderarmut zu wehren.

Doch Sozialpolitik im engeren Sinne wird – so notwendig sie auch ist – nicht ausreichen, um den Folgen der Krise zu begegnen. Dies macht *Christa Wichterich* in ihrem Beitrag über die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Frauen in Deutschland deutlich. Sie seien von der Krise stärker als Männer betroffen. Hinzu komme, dass sich wirtschaftliche Rettungsmaßnahmen auf männlich dominierte Wirtschaftssektoren konzentrieren würden. Die Risiken und Kosten der Art unserer kapitalistischen Wertschöpfung würden auf Privathaushalte verlagert und müssten dort vor allem von Frauen aufgefangen werden. Hierbei zeige sich die „Absurdität der gewinnorientierten Funktionsweise der Märkte“, die darin bestehe, „dass aus ökonomischer Sicht Geld an den Börsen ‚arbeitet‘ und Wert schafft, dass aber Kinderbetreuung und der Wasserkreislauf der Natur als unproduktiv, nicht wertschöpfend gelten“ würden. Deshalb müsse die Wirtschaft „vom spekulativen Kopf“ auf die „versorgenden Füße“ gestellt werden.

Angesichts solcher Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise legt sich die Frage nach menschenrechtlichen Implikationen nahe. Ihr geht *Aldo Caliari* nach und stellt fest, „dass sich Entscheidungen zur Finanzregulierung fühlbar auf

die Inanspruchnahme von Rechten auswirken“. Deshalb griffe ein „Versuch, Menschenrechtsstandards ohne Berücksichtigung der Folgen finanzpolitischer und regulatorischer Entscheidungen durchzusetzen, erheblich zu kurz“. In diesem Sinne muss, folgen wir *Caliari*, Menschenrechtspolitik immer auch auf die Wirtschaftspolitik einzuwirken versuchen. Umgekehrt ist nach *Caliari* kritisch zu hinterfragen, „wie wirtschaftspolitische Entscheidungen bisher getroffen wurden“. Daher erfordere „ein auf Menschenrechte ausgerichteter Ansatz die Reform der Steuerungsstrukturen, damit jede Art von Wirtschaftspolitik – national wie international – im Einklang mit den rechtlichen, vom Menschenrechtsregime vorgegebenen Bedingungen umgesetzt wird“.

Dass in der Tat ein menschenrechtlicher Ansatz von beträchtlicher Bedeutung ist, zeigt *Michael Windfuhr* mit Blick auf die Hungerkrise, die 2007 und 2008 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Zwar ist die dramatische Zunahme des Hungers in der Welt auch die Folge einer Spekulationsblase und steigender Energiepreise so wie weiterer Sondereffekte, doch „die Permanenz der Hungerkrise“ mache deutlich, „dass es nicht nur kurz- und mittelfristige Preistrends sein können, die ihr zugrunde liegen.“ Vielmehr sind es Verletzungen grundlegender Menschenrechte, die Hunger verstetigen: Denn die „besonders von Hunger und Unterernährung Betroffenen“ seien „in der Regel gesellschaftliche Gruppen, die sich aufgrund von Marginalisierungs- und Diskriminierungsprozessen in dieser Situation befinden“. Angesichts dieses Sachverhaltes biete sich des „Recht auf Nahrung“ als Referenzrahmen für Maßnahmen an, die Menschen als Akteure in den Mittelpunkt stellen würden: „Die Stärke des Rechts auf Nahrung liegt gerade darin, dass es Regierungen auffordert, alle Maßnahmen zuerst auf die besonders betroffenen Gruppen zu fokussieren“ und dabei in Rechnung stellen, dass Menschen Rechte haben und nicht bloße „Bittsteller“ seien.

Dass und wie diese Hungerkrise strukturell mit weiteren globalen Krisen zusammen hängt, machen *Thomas Hirsch* und *Ingrid Schalke* deutlich. Sie fragen nach den „Auswirkungen der Wirtschafts-, Klima- und Ernährungs- und Ernährungskrise auf extrem Arme“. Sie verweisen darauf, dass „seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise mindestens 100 Millionen Menschen zusätzlich verarmt“ seien und die Zahl der Hungernden wieder steige. Diese dramatischen Entwicklungen würden durch die langfristigen Folgen des Klimawandels auf Dauer verschärft, sollten nicht entschiedene Gegenmaßnahmen getroffen werden. *Hirsch* und *Schalke* stellen fest: „Nahezu

eine Milliarde Menschen lebt in den hundert Ländern, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden, das heißt, in den am wenigsten entwickelten Ländern.“ Deshalb ist – so muss gefolgert werden – eine entschiedene Klimapolitik ein unverzichtbares Element jeder Politik zur Bekämpfung von Armut. Doch im Blick auf die Industrieländer beklagen Hirsch und Schalke: „Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist zu beobachten, dass die Bereitschaft zu einer ambitionierten Klimapolitik sogar noch deutlich zurückgegangen ist“.

Einen anderen Aspekt der Folgen der globalen Krisen beleuchtet *Sonja Weinreich*. Sie geht den Auswirkungen der globalen Krisen auf die Gesundheit der Menschen nach und zeigt, dass sich die Gesundheitskrise verschärft. Auch im Blick auf die Gesundheit ist unübersehbar, wie die unterschiedlichen Krisen ineinander greifen und dadurch ihre Folgen vervielfachen. Deshalb auch ist mehr notwendig als nur eine verbesserte Gesundheitspolitik im engeren Sinne. So fordert Weinreich: „Um Gesundheit für alle zu erreichen, muss eine bewusste und zielführende Politik die sozialen Bedingungen für Gesundheit herstellen und schützen. Sie muss die sozialen und ökologischen Bedingungen schaffen, damit Krankheit und vorzeitiger Tod verhindert und Gesundheit erhalten oder wiederhergestellt werden kann.“

Angesichts der sozialen Folgen der globalen Krisen ist es verhängnisvoll, dass das bestehende globale Institutionengefüge zur Steuerung der Globalisierung im Interesse von Mensch und Umwelt nicht taugt. *Jens Martens* zeigt dies am Beispiel des globalen Krisenmanagements nach Ausbruch der Finanzkrise. Zwar wurde die Gruppe der sieben führenden Industrieländer durch die Gruppe der 20 wirtschaftsstärksten Industrie- und Schwellenländer ersetzt und diese G-20 mittlerweile weiter in Richtung auf eine G-30 ergänzt, doch grundlegende Defizite des „selbsternannten Clubs von Staaten“ blieben laut Martens bestehen, nämlich die mangelnde Repräsentativität, die Intransparenz, die Nichtbeteiligung der Zivilgesellschaft und der Mangel an Umsetzungskapazitäten. Auch angesichts dieser Defizite sei es zur

Renaissance des IWF gekommen. Deshalb stünde mit Nachdruck die alte Forderung nach einer Reform des IWF auf der Tagesordnung. Ob sie gelingt, ist noch offen. Immerhin hat sich der IWF gegenüber Nichtregierungsorganisationen geöffnet. Reformiert werden muss auch das gesamte UN-System, spielten doch die Vereinten Nationen nach Ausbruch der Finanzkrise zunächst keine Rolle. Zwar haben die Vereinten Nationen inzwischen einen Führungsanspruch angemeldet. Doch dessen Umsetzung erfordert eine weitgehende Reform der UN, wie sie von der Stiglitz-Kommission vorgeschlagen, bisher aber nicht angegangen wurde.

Auch die Europäische Union hat bisher bei ihrem Krisenmanagement versagt, wenn wir als Maßstab nicht bloße Interessenvertretung gelten lassen wollen. *Miriam van Reisen* und *Simon Stocker* kritisieren deshalb die Haltung der EU und ihrer Mitgliedsländer zur Reform der globalen Finanzarchitektur. Auch wenn einige notwendige Maßnahmen ergriffen worden seien, blieben sie hinter dem Notwendigen zurück, denn sie signalisierten „kein entschlossenes Eintreten für eine Umwandlung der globalen Finanzarchitektur“. Vor allem weigere sich die EU, „die Entwicklungsländer tatsächlich in globale Anstrengungen zur Bewältigung der Krise einzubinden“. Die zögerliche Unterstützung einer Reform der globalen Finanzarchitektur ist auch deshalb erstaunlich, weil das europäische Sozialmodell selbst unter Druck geraten ist. Zwar reagierte die EU auf die Finanzkrise mit Stützungsprogrammen für die Wirtschaft, doch entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterblieben. Schließlich zeigen van Reisen und Stocker, dass die EU nicht nur ungenügende Anstrengungen unternommen hat, um den Entwicklungsländern bei der Krisenbewältigung zu helfen, obgleich doch sie von der Finanzkrise in besonderer Weise betroffen sind, sondern dass sie noch immer an ihrer Freihandelspolitik festhält.

Anlass zur Kritik bietet nicht nur das Verhalten der EU, auch die Maßnahmen der deutschen Bundesregierung als Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise stießen auf die Kritik der Zivilgesellschaft. Deren wichtigste

kritische Einwände hat *Uwe Kerkow* gesammelt. Hierbei zeichnen sich drei zentrale Kritikpunkte ab: Während Verluste sozialisiert würden, würden Gewinne privatisiert. Ökologische Aspekte würden (Stichwort: Abwrackprämie) vernachlässigt. Und Entwicklungspolitik führe ein Schattendasein.

Es entsteht also der Eindruck, dass die EU und auch die Bundesregierung der Gefahr zu erliegen drohen, auf die neuen Herausforderungen mit alten Instrumenten antworten zu wollen. Jedenfalls drängen einflussreiche wirtschaftliche Interessengruppen in diese Richtung. Daher ist es erforderlich, Zukunftsfähigkeit durchzusetzen – auch gegen widerstrebende Interessen, wie *Michael Frein* betont. Er belegt, dass die Politik der Runden Tische gescheitert ist. Und dass angesichts divergierender Interessen die Lenkungsstrukturen des Staates eine wichtige Rolle spielen (müssen). Und dass eine Umweltschutzpolitik zu ersetzen sei durch einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess. Denn: „Radikale Umkehr ist nötig“.

Dies dürfte auch das Institutionengefüge zivilgesellschaftlichen Engagements nicht unberührt lassen, meint *Klaus Heidel* in seinen sechs Thesen, die den diesjährigen Social Watch Deutschland Report abschließen. Er fragt, welche Konsequenzen die Zivilgesellschaft für ihre Verfasstheit zu ziehen habe, falls es zutreffend sei, dass die „globale Gleichzeitigkeit“ von „systemisch aufeinander bezogenen“ Krisen Ausdruck eines globalen Transformationsprozesses kapitalistischer Produktions- und Konsumtionsweisen sei.

Dass dieser achte Bericht der seit 2001 vorgelegten Social Watch Deutschland Reports zustande kam, ist nicht zuletzt Uwe Kerkow zu danken, der in mühsamer Kleinarbeit die Redaktion auf sich nahm.

**Klaus Heidel** ist Mitbegründer und Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie e.V. und Sprecher von Social Watch Deutschland.